

zeugen, welche die Niederlagen des Proletariats von 1871 nicht zugleich mit den 30,000 unserer Brüder in die Gruft senken konnten... Es giebt eine Doktrin, welche unter dem Namen des Sozialismus die Tradition der Revolution fortsetzt und die Gesellschaft auf rationalen und wissenschaftlichen Grundlagen aufbauen will. Diese Doktrin, welche die Bewegungen von 1832, 1848 und 1871 hervorgerufen hat, bewegt — von Millionen menschlicher Wesen aller Klassen, vor allem aber von der Arbeiterklasse bekannt — gegenwärtig die Geister, erregt die Gefühle und erhebt sich in der Verneinung der Regierungen und Autoritäten, wie in den Beziehungen der Wissenschaft gegen die alte Welt und die alten Ideen: gegen die Autorität, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die Monopolisierung des Arbeitstrags durch die, welche nicht arbeiten, die finanzielle Erpressung, die intellektuelle, ökonomische und politische Anarchie, das Joch der Klassen, die Ungleichheit der Stellung, die Unsolidarität der Interessen und die Selbstsucht der Herrschenden! Ihr Zweck ist, den Menschen, ganz in Uebereinstimmung mit der Forderung des Rechts und der Gerechtigkeit, wieder in einen harmonischen Zustand zu versetzen und ein soziales Gebäude aufzurichten, unter welchem der Arbeiter Zuflucht findet vor der Unwissenheit, der Unsicherheit von heute auf morgen und dem Elend unter allen seinen Gestalten.

Die vereinigte Arbeit einiger Denker und der Proletariat selbst hat die gerechten und vernünftigen Forderungen der Arbeiterklasse formuliert und aus jener Doktrin eine Wissenschaft geschaffen. Mögen uns die Gelehrten der Bourgeois-Politik doch nicht mit der Ausrede kommen, daß diese soziale Wissenschaft unbegreiflich und unbeweisbar sei, daß sie unter den Händen der Kritik vergehe, daß sie utopisch und widersinnig sei. Wer sie so beurteilt, kennt sie einfach nicht. Im ersten Augenblick möchte es scheinen, als ob die soziale Wissenschaft oder der Sozialismus (denn beide Worte bedeuten sich) unnütz wäre in dem Kampf, welchen wir zur Behauptung unserer Rechte unternehmen. Das wäre aber ein schwerer Irrthum, und ein einziger Blick auf die gegenwärtige Gesellschaft genügt, um uns von ihm zu überzeugen... Wenn die Regierungen nicht jedesmal, so oft das Proletariat sein Loos verbessern will, alle möglichen Hindernisse schaffen würden, wäre die Lage des Proletariats ohne Zweifel (den heutigen ökonomischen Gesetzen gemäß) ebenfalls eine schlimme; aber sie würde sich nach dem Grad der Entwicklung der Ereignisse modifizieren. So aber kann das nicht geschehen. Sowie das Proletariat einen Schritt vorwärts thun will, knebeln es die Regierungen, lösen seine Kongresse auf, brunnruhen seine Syndikatskammern und Gewerkschaften, fesseln seine Vereine, beargwöhnen seine Zusammenkünfte und legen sich für das herrschende politische und ökonomische System dergestalt ins Zeug, daß dem Proletariat jede befreiende That unmöglich ist, ohne daß alle obrigkeitlichen Gewalttätigkeiten: die Armeen, die Gerichte, die Pfaffen, die Verwaltung und alle Gefährnisse sich gegen es erheben. Deshalb müssen wir auf den Trümmern der heutigen herrschenden Klassen eine neue soziale Organisation errichten, in welcher wir unsere Kräfte entfalten und für unsere politischen und ökonomischen Bestrebungen kräftig eintreten können. Einen organisierten Arbeiterstand zu schaffen, das muß unser Hauptaugenmerk sein; der vierte Stand muß sich befreien und an die Stelle des bis heute allmächtigen dritten Staates treten... Wir müssen uns von allen vorigen politischen Parteien vollständig getrennen und alle, nach einer tiefgehenden Umgestaltung der Lage ihrer Klasse ringenden, Arbeiter umfassenden Arbeiterpartei ist somit erwiesen. Der Arbeiterkongress von Marseille würde sich an dem ganzen Proletariat schwer verhehen, wenn aus seinen Studien nicht die Arbeiterpartei hervorginge! Alles will, alles fordert die Organisation dieser Arbeiterpartei, welche ein Bedürfnis der Zeit ist und eine Nothwendigkeit für das Proletariat, das sich wieder und definitiv gegen den alten Zustand der Dinge erheben und ihn stützen muß... Ihr, Bürger, könnt durch eure Arbeiten der Arbeiterklasse den Weg bahnen, auf welchem sie den Fesseln, die sie bedrücken, entgehen kann. Aber Ihr müßt ein einheitliches Programm unserer nothwendigen Forderungen aufstellen, sonst wird die Arbeiterklasse bleiben, was sie jetzt ist: schwach, ohne Selbstbewußtsein und Zusammenhang! Das könnt Ihr aber vermeiden. Schon solange sind wir von den falschen Aposteln der Freiheit, von den fahrenden Rittern der Politik, den Herrschenden aller Art und den Regierungen jeder Sorte betrogen worden, als daß wir uns um kleiner Meinungsverschiedenheiten spalten sollten. Sehen wir von unsern persönlichen Liebhabereien ab und lassen wir uns vom Marceller Arbeiterkongress eine greifbare Idee hervorgehen, dann wird sich das Proletariat, das sein Blut auf allen Schlachtfeldern des Teilschismus vergossen hat, siegreich erheben und den Anbruch der Herrschaft des Rechtes und der Gerechtigkeit herbeiführen, welche der Ausdruck der sozialdemokratischen Republik sind, die zu errichten unser Endziel ist!

Dieser treffliche Bericht wurde oft von lebhaftem Beifall unterbrochen und am Schluß von stürmischen, nicht endenwollenden Beifallsrufen überschüttet. Und zum Zeugniß, daß der Kongress die sozialistischen Gestaltungen Lombards theilte, wurde auf des letzteren Antrag sofort einstimmig beschlossen, den Kongress „Sozialistischen Kongress von Frankreich“ zu nennen.

Hierauf gab Bürger Moullet einen Bericht über den Stand der Kooperativgenossenschaften und Syndikatskammern, welchem wir natürlich nicht genauer folgen können. Wir konstatieren nur, daß diesem Bericht zufolge in Frankreich mehr (politisch bisher allerdings nicht ins Gewicht fallende) Arbeiter-Organisationen, welches gute Kadres für eine kommende Arbeiterpartei geben können, existieren, als man bisher auswärts annahm. So hat Marseille 35 Syndikatskammern und eine Anzahl Vereine „Sozialer Studien“, Bordeaux 14, Toulouse 14, Bienne 12, Lyon 45, dazu mehrere Soz. Stud.-Vereine, Paris 87 Synd.-Kammern, 24 Produktions- und 25 Konsumvereine, eine sozialistische Bibliothek, 3 Soz. Stud.-Vereine, einen Frauenrechtsverein, eine allgemeine Arbeiterunion (welche den „Proletaire“ herausgibt) etc. Der Redner schließt mit dem Hinweis, daß die vorgebrachten unvollkommenen Zahlen doch das Eine beweisen, daß das Proletariat, welches so lange unter einer moralischen Erstarrung gelegen habe, allmählich aus seiner Letargie erwache und durch Wort und That zeige, daß es bereit ist zu einer friedlichen, aber gewaltigen sozialen Revolution, welche es in das erkohlene Land der Emanzipation der Arbeiterklasse führen werde.

Nachdem nun Begrüßungsadressen aus Bukarest, Neapel und von russischen Sozialisten in Genf verlesen worden, wurde zur Wahl der Ausschüsse geschritten und hierauf die Sitzung geschlossen.

Sozialpolitische Rundschau.

— Das von uns neulich charakterisirte diplomatische Spiel mit dem deutsch-österreichischen Bündniß wird noch immer lustig fortgesetzt und treibt seine giftigen Blüten in den verwickeltesten diplomatischen Kombinationen der „großen“ Presse und der dadurch hervorgerufenen allgemeinen Vertrauenslosigkeit, Unsicherheit und Verschärfung der verderblichen Rationalgegensätze. Interessant und bezeichnend für die rapiden Fortschritte, welche die, durch den Revolutionär wider Willen Bismarck glücklicherweise vernichtete der sächsischen Legitimität in Deutschland und anderwärts gemacht hat, ist die neuerliche Enthüllung der Vorgeschichte des Wiener Besuchs. Darnach wollte Kaiser Wilhelm durchaus nicht von seinem Großvater, dem Väterchen an der Netza lassen, wurde indessen von Bismarck hierzu gezwungen. Dieser machte nämlich mit seinem „Freund“ Androssy in Wien die neue Wendung in der Politik sozusagen privatim ab und schickte dann den Graf Stolberg zum Kaiser, um diesen — wie schon verschiedene Male — kurzweg vor die Alternative zu stellen: entweder Bismarck den Willen zu thun oder ihm sofort seine Entlassung zu geben. Da der Kanzler nun der Fürst des Erfolges ist und er überdies vortrefflich verstanden hat, alles von sich in Abhängigkeit zu bringen und die Geschäfte so vollständig zu verwirren, daß sie nicht so gleich ein anderer übernehmen kann, so konnte der Ausgang der Stolberg'schen Mission natürlich nicht zweifelhaft sein. Der „Kaiser und Herr“ gab nach und verbürgte sich, wenn auch „mit schwerem Herzen“, durch Unterzeichnung des neuen Bündnisses mit seinem Wort für dessen „ewige“ Einhaltung. Wer ist nun da der „Herr“? Indeß, was gebt's uns an — han wir doch unsre Freud daran!

Da übrigens gerade wieder viel von Fürstentwörtern die Sprache ist und das ganze Vertrauen auf die „segensreiche“ Wirksamkeit des neuen Bündnisses eigentlich zunächst auf ihnen beruht, so dürfte es doch an der Zeit sein, einen kleinen, aber interessanten Beitrag zu diesem Kapitel größeren Kreisen zugänglich zu machen. In einer jüngst erschienenen, aber engere Kreise wenig hinausgedrungenen Schrift des „Urwessens“ und intimen Freundes des braunschweigischen Hofes, Obergerichtsadvokat Dr. Debes in Wolfenbüttel („Erörterungen über die Thronfolge im Herzogthum Braunschweig und Streiflichter über Erfüllung des sogen. göttlichen Berufes für Deutschland durch Preußen“), findet sich folgende hübsche Geschichte:

„Bekanntlich hatte man in den Revolutionsjahren des Jahres 1848 in Berlin sogar die Grundbesitzungen des damaligen Kronprinzen von Preußen für Nationalcigenthum erklärt, ja der hohe Herr mußte, seines Lebens in Berlin nicht mehr sicher, vor der Volkswuth flüchten. Ernst August, der alte König von Hannover, nahm ihn in seinem Palais zu Herrenhausen gastlich auf und verbarg ihn hier gegen 14 Tage lang, bis er sich von dort sicher weiter nach England flüchten konnte. Bei seinem Abschied von Herrenhausen sprach der damalige Kronprinz, jetzige König von Preußen, gegen den alten König seinen Dank mit den ergreifendsten Worten aus: „Ich weiß es in der That nicht, wie ich Dir je dafür danken soll, daß Du mir so das Leben gerettet hast“ — worauf ihm der edle Greis einfach erwiderte: „Nimm Dich nach meinem Tode meines blinden Sohnes an.“ Ein fester Händedruck sagte die Erfüllung dieses Wunsches zu und so schieden die beiden Herren von einander. Dieses Zwiegespräch weiß ich aus ganz sicherer Quelle. Dasselbe läßt sich noch heutigen Tages vollkommen konstatiren.“

Damit nun der Historie auch ihr moralisch Ende nicht fehle, wollen wir nur hinzufügen, daß der „blinde Sohn“ der spätere König Georg von Hannover, der sächsische Fürstling von 1848 aber der jetzige deutsche Kaiser ist und daß bekanntlich der letztere den ersteren 1866 entthronte und sein Land der Krone Preußen einverleibte. Wie wohlthuend ist nicht die unverbrüchliche Festigkeit und Verlässigkeit fürstlicher Worte in der Verhältnisse ewigem Wandel und wie sicher sind Friede und Glück der Völker auf sie gebaut!

— Dem guten deutschen Volk beginnen über die Segnungen der famosen Bismarck'schen „Wirtschaftsreform“ bereits die Augen nicht nur auf-, sondern auch übergehen. Als durch den neuen Zolltarif dem Volk ganz unerhörte indirekte Auflagen gemacht wurden, vortröfete es die Regierung theils auf die unter dem neuen „nationalen Wirtschaftssystem“ sicher eintretende ökonomische Prosperität und Lohnsteigerung, theils auf den projektirten Wegfall bisheriger direkter Staatssteuern oder wenigstens deren Ueberweisung an die Gemeinden. Von all diesen Versprechungen aber hat sich bis jetzt keine einzige bewahrheitet und konnte sich auch nach Lage der Sache nicht bewahrheiten. Von der verheißenen Periode wirtschaftlicher Prosperität ist noch kaum das Vorgegrauen zu erblicken und die Arbeitslosigkeit ist eben so groß, als die Löhne klein geblieben sind. An eine Aufhebung der Steuern denkt im Ernst kein Mensch mehr; dafür aber ist die Einführung neuer Steuern zu den bisherigen und den indirekten des Zolltarifs desto sicherer.

In Bayern ist der Malzausschlag verdoppelt und dadurch eines der landesüblich wichtigsten Lebensmittel erheblich verteuert worden. Trozdem aber ist das vorhandene Defizit noch nicht im entferntesten gedeckt, und wird eifrig nach neuen Einnahmen, d. h. Steuerquellen gesucht. Sogar die Einführung der anerkannt unmoralischen und verderblichen Staatslotterie in Bayern wurde bereits in Aussicht genommen. Wer weiß, ob man, da die Finanzkünstler in Bezug auf die Herkunft der in den Staatskassen fließenden Gelder bereits jeden Scrapel verloren haben, nicht auch noch zu einer Besteuerung der Prostitution und ähnlicher reinlicher Einkommenquellen greifen wird. — In Preußen trägt man sich mit der Einführung einer Schantzstättensteuer, welche nicht weniger als 100 Mark jährlich pro Wirtschaft betragen soll, welcher Betrag natürlich entweder den Wirth ruiniren oder aber auf die Konsumenten abgewälzt werden muß.

Dazu kommt noch die Vertheuerung des Brodes durch die bereits in Aussicht der Einführung der Getreidezölle eintretende stetige Steigerung der Getreidepreise. Und diese Steige-

rung vollzieht sich zu gleicher Zeit, während in Paris durch reichliche amerikanische Einfuhr der Preis des Brodes von 95 Cts. auf 90 Cts. pro 4 Pfund zurückgegangen ist und allein Aufschneide nach durch weitere Einfuhren bald auf 80 Cts. herabgesunken wird. Es sind deshalb auch zahlreiche Gesuche von Bürgern und Korporationen an die Regierung eingelaufen, welche mit Rücksicht auf die schlechte deutsche Ernte und die Nothwendigkeit reichlicher Einfuhr die Aushebung der Einfuhrzölle auf Getreide, Hülsenfrüchte und Futterstoffe fordern. Die Regierung aber will von der Einführung nicht abgehen, indem sie behauptet, daß ein Mangel an Getreide nicht existire, daß die Preissteigerung nur ein Produkt der Spekulation sei und daß durch eine Hinüberschiebung des Einfuhrzölkens „viele Interessenten, welche bereits Vorkaufungen auf Grund der neuen Zölle abgeschlossen hätten, geschädigt würden“. Damit also — zugegeben nämlich, daß dies die wirklichen Gründe der Regierung sind — nicht einige Spekulanten Schaden leiden, muß lieber Hunderttausenden ihr kümmerliches Stück Brod noch mehr beschnitten werden! Wahrscheinlich kann der heutige Klassenstaat in seiner ganzen Familie und Gemeinwohlthätigkeit nicht charakterisirt werden, als er sich hier selbst zeichnet!

Die fortwährende Verdienstlosigkeit im Verein mit der bedeutenden Vertheuerung der nothwendigsten Lebensmittel und der schlechten Ernte haben denn auch bereits in ve. schiedenen Gegenden Hungersüden hervorgerufen. Im Braunschweigischen und neuerdings in Thüringen ist der Hungertypus ausgebrochen. In ersterem sucht sich die Seuche ihre Opfer hauptsächlich unter den fahrenden Handwerksburschen und Bettlern, von denen viele hilflos auf der Straße sterben. Im Thüringer Wald aber sind bereits zwei ganze Dörfer ergriffen und in wenigen Tagen schon über 30 Opfer erlegen. Jetzt freilich, da die Besitzenden der möglichen Ansehung wegen für ihre eigene Haut zu fürchten beginnen, werden mit großer Hast alle Mittel aufgeboten, um den bösen Feind niederzutreten, und dabei auch — freilich zum geringsten Theil aus echter Humanität, zum größten aus purem Egoismus — ein Stück Geld zur Beschaffung der nothwendigsten Nahrungsmittel und zur Pflege der Erkrankten nicht gescheut. Von vornherein aber durch gerechte und vernünftige Gesellschafts- und Staatseinrichtungen dafür zu sorgen, daß eine solche Katastrophe gar nicht erst entstehen kann — daran denkt in den Regierungen und herrschenden Klassen niemand, und wenn es Andere thun und dementisprechend handeln, werden sie als „verbrecherische Wahnsinnige“ behandelt und bis auf's Blut verfolgt!

— In Ungarn herrscht in vielen Gegenden infolge der schlechten Ernte, welche dem kleinen Grundbesitzer vielfach nicht einmal soviel gebracht hat, als er zur Nothdurft bedarf, ein entsetzlicher Nothstand, der durch die rückwärtslose Entreibung der Steuern noch bedeutend verschärft wird. In einigen Theilen Oberungarns, den an Galizien grenzenden Komitaten sind bereits Fälle von Hungertod vorgekommen. Im Sarosker Komitat sind allein mehr als dreihundert Gemeinden vollkommen brodlos und zur Frischung ihres Lebens ausschließlich auf Kartoffeln angewiesen, welche ihnen die Wohlthätigkeit benachbarter Gutbesitzer zukommen ließ. Die Regierung aber sieht diesem Elend thatenlos zu und vermag sich nur zu einigen Worten und im höchsten Maß zu einigen, ihrer Geringfügigkeit wegen lächerlichen Bettelfennigen aufzuschwingen. Die ganze „Staatshilfe“ soll nach den Erklärungen des Ministerpräsidenten darin bestehen, daß die Steuerexakten „so weit thunlich“ vorläufig eingestellt und das dringende Bedürfnis nach Samen einstuweilen durch die Verwaltung befriedigt wird. Wovon die Leute aber leben sollen, darum kümmert sich die Regierung natürlich nichts. Indeß sollen selbst wegen dieser kleinen Maßnahmen erst noch die Berichte und Vorschläge der Obergespanne eingeholt werden. Natürlich hatte die Mehrheit des Abgeordnetenhauses, dem die Regierung diese ihre Ansichten über den Nothstand vortrug, gegen dieselbe durchaus nichts einzuwenden. Wie gering das Interesse dieser jacten Leute an dem Hunger des armen Volkes ist, zeigt zur Genüge die lakonische Meldung des Telegraphen, daß die Debatte über die Erklärung des Ministers hinsichtlich des Nothstandes „kurz und belanglos“ gewesen.

Nur die äußerste Linke hat sich um die Sache angenommen, indem sie die Pflicht des Staates zur Unterstützung der Nothleidenden betonte und, um die Abschwächung und Beschränkung des Nothstandes seitens der herrschenden Partei zu vereiteln, einen offenen Aufruf erließ, ihrem Ausschuss zuverlässige Daten über den Umfang des Elends mitzutheilen. Natürlich sind die am Ruder sitzenden Herren über diese „Nothstandsbege“ höchlich erbost und leugnen direkt, daß ein Nothstand „im strengen Sinne des Wortes“ vorhanden oder gar Hungersfälle vorgekommen oder möglich seien. Die Lage einzelner Gegenden sei eine „heille“; das sei traurig, aber daran lasse sich nichts ändern. Ergo mögen die Armen immerzu hungern und verhungern — das ist so kapitalistische Logik!

Mit Recht schließt unsere ungarische Genossin, die „Budap. W. Chron.“, ihre neueren Mittheilungen über den Nothstand mit dem Ausruf: Wäre unsere Gesellschaftsordnung — wenn auch keine solch' herrliche, für welche sie von den Nachhabern ausgegeben wird — sondern nur eine halbwegs gerechte, so dürfte und könnte es nicht vorkommen, daß Mitglieder dieser Gesellschaft den Hungertod fürchten. Wenn sich nun Männer, von edlen, erhabenen Gefühlen geleitet, gegen die heutige Gesellschaftsordnung auflehnen, mögen sie wohl von den begüterten Klassen verdammt und verfolgt werden, was aber nicht beweist, daß die bestehende Gesellschaftsordnung, wie obige Fälle zeigen, etwa keine ungerechte, unmenschliche und demnach zu beseitigende „Ordnung“ ist!

— Daß für die Bourgeoisie beim Geldbeutel nicht nur die Gemüthlichkeit, sondern auch der sonst zur Däpierung des dummen Volkes so ostentativ betonte Patriotismus aufhört, für diese bekannte Thatsache hat jüngst ein Schweizer Bourgeois ein neues schlagendes Beispiel geliefert. Noch ist bekanntlich der projektirte Simplondurchschnitt nicht sichergestellt und schon beginnt ihm ein Montblanc-tunnel-Projekt gefährliche Konkurrenz zu machen. Um nun dieser zu begegnen, erließ der technische Direktor der Simplonbahn, Lommet, eine Denkschrift, in welcher er die günstigen Aussichten des Simplondurchschnittes gegenüber dem des Montblanc darzutun sucht und sich dabei nicht scheut,

Frankreich (auf dessen materielle Unterstützung hauptsächlich gerechnet wird) ausdrücklich und ganz geschäftsmäßig die strategischen Vorteile anzupreisen, welche diesem der Schweizerrisiko Simplem im Fall eines Krieges biete! Das Charakteristischste aber ist, daß diejenigen, welche sonst den Bestrebungen des weltbürgerlichen Sozialismus gegenüber mit dem Vorwurf der „Vaterlandslosigkeit“ so schnell bei der Hand sind, gegen die landesverrätherische Rundgebung der Simplondirektion keineswegs den Ton der Entrüstung finden, sondern dieselben vollkommen gleichgiltig oder, soweit ihre Interessen es bedingen, sogar beifällig aufnehmen. Edle „Patrioten“!

Die französische Regierung hat soeben eine vernehmliche Antwort auf das, selbst von dem größten Theil der Bourgeoispreffe beurtheilte, Zirkularschreiben des Justizministers und auf das jeden Rechtlichdenkenden empörende Urtheil gegen Humbert und die „Marseillaise“ erhalten. In der zweitgrößten Stadt des Landes, in Lyon, ist nämlich der Amnestirte Garel, der sich den Wählern offen als Sozialist vorstellte, mit großer Mehrheit zum Municipalrath gewählt worden — schon der dritte der amnestirten „Nordbreuner der Kommune“, welche das französische Volk angeblich so tief verabscheut und doch seiner besten Ehrenämter für würdig hält. Weitere Manifestationen des sich im Gegensatz zu der jüngst inaugurierten Repressivpolitik der Regierung befindlichen, aufgeklärten Volkswillens werden nicht auf sich warten lassen. Nutzen werden dieselben in Bezug auf die Haltung des Cabinets freilich wenig, schon deswegen, weil es allen Anschein hat, daß sich das Wort der temporär unterdrückten „Marseillaise“ bewahren wird, welche zum Abschied dem Ministerium zurief: „Das Cabinet hat die „Marseillaise“ auf 14 Tage suspendirt, das Cabinet aber wird bald für immer suspendirt werden!“

Nicht ohne Interesse ist die Meldung eines hervorragenden französischen Provinzialblattes, daß Rußland, Preußen, Oesterreich und Italien beschloßen hätten, in Paris eine spezielle Polizei zur Ueberwachung der Sozialisten zu gründen. Was an der Nachricht wahr ist, wissen wir nicht; indessen kommt uns dieselbe immerhin nicht ganz wahrscheinlich vor. Von den drei erwähnten Mächten, vor allem von Rußland und Preußen, wissen wir wenigstens genau, daß es ihnen in Paris gleichwie (wenn auch in geringerem Maß) an andern Zentralknoten der revolutionären und sozialistischen Bewegung schon seither an einer politischen Spezialpolizei keineswegs gefehlt hat. Wozu und auf welche die Bedürfnisse aller Theile befriedigende Weise da eine „Gesamtpolizei“ der genannten Mächte gebildet zu werden bräuhete und gebildet werden könnte, ist nicht abzusehen. Sollte indessen wirklich ein solcher Plan bestehen, so können wir in unserm Interesse, d. h. im Interesse der Ueberwachen nur wünschen, daß mit der Auswahl der respektiven Spitzel die deutsche Regierung betraut würde; denn diese hat, wie uns zahlreiche und besonders wieder neueste persönliche Erfahrungen lehren, ein wohlhabend bewundernswertes Geschick, stets solche „Cujones“ (um im Jargon des alten Fritz zu reden) herauszufinden, denen jeder halbwegs Zurechnungsfähige Rationalität und Metier gleich auf fünfzig Schritte Entfernung ansieht.

Berichte.

* Zürich, 8. Okt. In der Rundschau unserer letzten Nummer haben wir unter Frankreich bereits einer, ursprünglich von einem bonapartistischen Blatt gebracht und von dem größten Theil der deutschen Bourgeoispreffe aller Schattirungen natürlich eifrig kolportirten Mittheilung über eine angebliche höchst staatsgefährliche und hochverrätherische Adresse deutscher Sozialisten an den Pariser Kongress Erwähnung gethan und diese Mittheilung, ohne uns vorher mit unsern deutschen Genossen benommen zu haben, als eine Ente, als eine Lüge bezeichnet. Wie recht wir daran gethan haben, zeigt folgende Erklärung, welche die „Leipziger Volkszeitung“ — welche trotz ihrer angeblich urdemokratischen Gesinnung die erwähnte Lüge ebenfalls reproduzirt hatte — erhalten hat:

In Ihrer Nummer vom 19. d. bringen Sie folgende Notiz: „Die Pariser Zeitung „Patrie“ hat aus Paris von einem ihrer Freunde, der in der Lage ist, „gut unterrichtet sein zu können“, eine Mittheilung erhalten, der zufolge die Sozialisten in Berlin, Breslau, Leipzig, Hamburg, München und Stuttgart Versammlungen abhielten, um einen Gedankenaustausch über die jetzige Lage in Frankreich zu veranlassen; die Sozialisten in Leipzig, Breslau und München fanden die Fortschritte des Sozialismus in Frankreich so bemerkenswerth, daß eine Adresse an die französischen Brüder beschloßen wurde, deren Grundgedanken folgendermaßen lauten sollen: „Die deutschen Demokraten können leider nur Wünsche für den endlichen Sieg der sozialen Republik in Frankreich aussprechen, hoffen jedoch, daß die französische Demokratie nach ihrem Siege wirksam ihren Brüdern im Auslande zu Hilfe kommen werde, die noch unter dem Joche schmachten, namentlich aber den deutschen Proletariern; sobald die soziale Republik in Frankreich begründet worden, kann sie nur Dauer haben, wenn ganz Europa sich baldigst derselben Segnungen wie Frankreich erfreut.“

Da auch Leipzig in dieser Notiz genannt ist, finden wir uns veranlaßt, im Namen der Leipziger Sozialisten zu erklären, daß die ganze Mittheilung, soweit unsere Kenntniß reicht, vollständig aus der Luft gegriffen ist. Wir fühlen uns stark genug, mit unsern Gegnern fertig zu werden und brauchen keine auswärtige Hilfe. Und wir glauben nicht, daß die deutsche Sozialdemokratie ein Mitglied zählt, welches anderer Ansicht wäre.

Leipzig, den 22. Oktober 1879.

A. Bebel. W. Liebknecht. F. W. Fritzsche.
Willy Hasencleber.

* Zürich, 26. Okt. Dem von ihm vielbewunderten, jüngst verstorbenen, amerikanischen Nationalökonomem Carey schnell folgend, ist in der Nacht vom 20. zum 21. ds. auf der Fahrt nach Köln der bekannte ehemalige Privatdozent Dr. Eugen Dühring im 47. Lebensjahre am Herzschlag gestorben. Ein schneller Tod hat damit ein durch schweres körperliches Leiden — Blindheit — und dadurch hervorgerufene seelische Verbitterung leidenvolles Dasein beendet. Wenn der Verstorbene auch durch

seine Selbstüberhebung und Konfusion sich selbst am meisten geschadet und wädhlich die schneidige Kritik Engel's herausgefordert hat — die uns eines der bedeutendsten Werke des wissenschaftlichen Sozialismus gab —, so dürfen doch die mannigfachen Verdienste Dühring's um die Wissenschaft nicht gelugnet werden und ebenso soll es ihm unvergessen bleiben, daß er in einer sehr abhängigen Stellung den Mutz hatte, für den Sozialismus einzutreten und mannhafte das Kezgergericht, das ihn seiner Stellung enthoß, ertrug und nicht zu Kreuze kroch. In einer Zeit, wie der untern, in der Charakterfestigkeit und Gesinnungstreue etwas so Seltenes ist, muß sie doppelt anerkannt werden, wo immer sie sich auch finde.

* Zürich, 26. Okt. Vor Kurzem ging eine, bezeichnender Weise nur an die Bourgeoisblätter versandte, Buchhändlernotiz durch die Presse, welche das baldige Erscheinen einer Geschichte der Pariser Kommune von Bernhard Becker ankündigt und an diese Mittheilung für ängstliche Seelen noch die charakteristische Bemerkung knüpft, daß ein behördliches Verbot des neuen Werkes in keiner Weise zu befürchten sei. Das soeben (bei Otto Wigand in Leipzig) erschienene „Werk“ entspricht denn auch dieser Einführung so vollkommen, daß wir es — uns eine demnächstige Besprechung vorbehalten — für unsere Pflicht halten, schon jetzt vor demselben zu warnen, damit nicht die Genossen sich durch den Namen des Verfassers, der früher in der deutschen Bewegung eine gewisse Rolle gespielt, betrügen lassen und ihr Geld für ein Buch wegwerfen, in dem sie eine wahrheitsgetreue, vom Geist des Sozialismus durchwehte Schilderung der weltgeschichtlichen Epoche der Kommune vermuthen, das aber nichts ist, als eine lägenhafte Verunglimpfung desselben, ein charakterloses, skandalöses Machwerk.

* Berlin, 27. Okt. Da uns über die neueste Massenausweisung auffälligerweise (sollte Stephanage im Spiel sein?) bis jetzt ein weiterer Bericht aus Berlin noch nicht zugegangen ist, müssen wir uns vorläufig auf einige Mittheilungen der Berliner Presse beschränken — hoffend, demnächst in der Lage zu sein, genauere Mittheilungen bringen zu können. — Einer der Ausgewiesenen ist der Wächter des großen Restaurants „Industrie-Hallen“ in der Reichenbergerstraße, Wienholz. Als derselbe die ihm zum Verkauf seiner Mobilien gewährte, äußerst kurze Aufenthaltfrist infolge nicht erledigter Geschäfte um eine Stunde überschritten hatte, wurde er der „Berl. Volksz.“ zufolge verhaftet, sofort per Schub fortgepedirt und sein Lokal augenblicklich polizeilich geschlossen. Natürlich ist hiedurch der Mann, der Familienvater ist, vollkommen ruiniert. Auch dem ausgewiesenen Gastwirth Bries ist die Wirtschaft geschlossen worden, so daß auch die Familien vollkommen subsistenzlos sind. Ueberhaupt ist ganz besonders die brutale Taktik bemerkenswerth, hauptsächlich Familienväter — von den 9 letzten Ausgewiesenen haben 7 Familie! — auszuweisen, die dadurch doppelt schwer getroffen werden. Der Zweck dieser raffinierten Gewaltmaßregel ist klar: die schwer Geschädigten und von Sorgen um ihrer Familie Zukunft Gemarterten sollen zur Verzweiflung getrieben und sie und ihre Gesinnungsfreunde zu Gewaltthaten, wo möglich zu „Attentaten“ aufgereizt werden, welche dann den erwünschten Vorwand zu neuen Unterdrückungsmaßregeln bieten würden. Indessen werden Herr Wadai und seine Auftraggeber auf die Verwirklichung dieser ihrer schändlichen Wünsche wohl vergeblich warten. Denn jeder unserer Genossen weiß zu gut, daß es, um unsere Feinde empfindlich zu treffen, ganz andere Mittel und Wege gibt, als spontane, wenn auch noch so erklärliche, so doch allezeit der Sache schädende, persönliche Duhausbrüche. Und nach dieser Erkenntniß haben unsere Genossen zum Leidwesen unserer Gegner und trotz aller Anreizungen zum Gegentheil bisher stets gehandelt und werden es auch ferner thun!

— 23. Berlin, 25. Oktober. Rothband und Belagerungszustand — diese beiden Worte charakterisiren vollkommen die Verhältnisse der deutschen Reichshauptstadt. Von letzterem sind Sie ja oft genug in der Lage, berichtet zu müssen. Aber auch über den ersteren dürfte wieder ein Wort an der Zeit sein. Bis zu welchem Grade derselbe gelte und daß von dem so oft verheißenen Ende desselben noch immer keine Rede ist — dafür liefert einen hinlänglichen Beweis ein Blick auf die hiesigen Hypothek- und Grundbesitzverhältnisse überhaupt. Die hypothetrische Gesamtbelastung des Berliner Grundbesitzes betrug 1872 1,192,034,821 M., 1876 1,974,923,309 M., 1878 2,227,546,360 M. Die angeführten Ermittlungen ergaben, daß im Vergleich zu dem durchschnittlichen Kaufpreise, welcher gewissermaßen den demaligen Marktwert der Grundstücke repräsentirt, der Berliner Grundbesitzer nur 288 pro Mille, also noch nicht einmal den vierten Theil sein Eigen nennt, während er mit dem Nebrigen in der, größtentheils drückendsten, Kinstlaverei des Kapitalisten festsitzt. Die Belastung der Grundstücke geht über den Gebäudewerth nach der Feuerversicherung bereits um nicht weniger als 355 Millionen hinaus, was verglichen mit dem 18fachen Niebhertrag eine Schuldenmenge von 615 pro Mille macht.

Um die Lage der, nicht große Fonds zu ihrer Verfügung habenden Grundbesitzer noch präciser zu machen, beträgt die Zahl der in Folge des allgemeinen Rothbandes unvermietet gebliebenen Wohnungen, Ladungen und Werkstätten nach amtlicher Angabe über 20,000. Da ist es dann kein Wunder, wenn die Zwangsversteigerung gar kein Ende nehmen wollen. Es scheint — wie sich ein herbortragendes Bourgeoisorgan verzweiflungsvoll ausdrückt —, als ob ganz Berlin unter dem Hammer kommen sollte. Keine der früheren Grundbesitzer hat so immense Verluste an Wäthen, Zinsen und Kapital aufzuweisen, wie die gegenwärtige. Die ungeheure Masse der, in den Einhaberkonten anfallenden Kapitalien macht Berlin zu einem wahren Hypothekenschatz, auf welchem die einzelnen Grundbesitzer als Geber erscheinen, unter denen nicht allein verlorene Vermögen, sondern auch vernichtete Existenzen begraben liegen.

Und doch muß es über kurz oder lang noch viel schlimmer kommen. Denn die Wirtschaftskrisen, die einander mit Naturnotwendigkeit immer schneller folgen müssen, werden immer akuter, beschleunigen die Auflösung des Kleinbesitzes und die Monopolisirung des Kapitals in den Händen Weniger immer mehr. Aber der größte Theil derer, denen heute bereits das Messer an der Kehle sht, sehen die ehrene Nothwendigkeit dieses Entwidlungsprozesses noch keineswegs ein und werden die Wahrheit der „unheimlichen“ Lehren des Sozialismus wohl auch erst dann erkennen, wenn sie selbst ins Proletariat herabgeschleudert sind. Entschlossen betrachten Sie uns noch als ihre Feinde — sehr lange werden aber nicht mehr währen. —

N. Von der Niederelbe, 23. Oktober. Zunächst gestatten Sie uns, der Freude Ausdruck zu geben, daß durch die Gründung des „Sozialdemokrat“ den deutschen Fortschrittlichen wieder die Möglichkeit gegeben ist, sich einmal über die Vorgänge im öffentlichen und Parteileben auszusprechen und zu orientiren. Denn wenn wir auch alle wüßten, daß, wie die Dinge einmal lagen, nach Erlaß des Sozialistengesetzes für die deutsche Sozialdemokratie zunächst Wichtigeres zu ordnen gab, als im Ausland ein Blatt zu begründen, so mußte auf die Dauer der Uebelstand, gar kein Organ zu haben, durch das man sich ausprechen und gegenseitig aufklären und anfeuern konnte, doch recht stark empfunden werden. Deshalb erfreut es uns doppelt, den „Sozialdemokrat“ nunmehr zu haben und zwar ist diese Freude eine um so größere, als die im Programmartikel ausgesprochenen Grundsätze von jedem adäten und erfhrenen Parteigenossen als durchaus richtig anerkannt werden müssen. Was nun den Stand der Parteiverhältnisse betrifft, so ist es wohl nicht zu viel gesagt, wenn behauptet wird: Die

Sozialdemokratie hat auch hier im Nordwesten des Reiches durchaus keinen „Aufgang“ zu verzeichnen. Das dieses aber so ist, das verdanken wir nicht wenig unseren Gegnern und vor allem der famosen neuen Wirtschaftspolitik des Reichskanzlers. Hier im Nordwesten liegen die beiden Hauptstädte und Handelsstädte Deutschlands, Hamburg und Bremen. Diese Städte nun haben durch die neue Zollgesetzgebung unweifelhaft großen Schaden erlitten und vor allem auch sind die wirtschaftlichen Grundzüge, welche hier den Angehörigen der tonangebenden Kreise so zu sagen mit der Muttermilch eingegeben werden, auf das brutalste und gründlichste beleidigt worden. Das System Bismarck's, jeden mit Keilenschlägen niederzuknallen, der es wagt, eine selbständige Meinung zu haben, ist auch den freihändlerischen Ansichten gegenüber angewendet worden und hat da, besonders in den „reichstreu“ Kreisen unserer Kaufmannschaft, auf's tiefste verlegt. Ging doch die preussische Unversöhnlichkeit so weit, dem Hamburgischen Vertreter im Bundesrath bei der Ausschließung der Referate für die Zollvorlagen höchlich den Artikel — Schießpulver zuzuwenden! Der Mann hätte jedoch Ehre genug im Leide, sofort Berlin zu verlassen und gab so dem gewaltigen Reichskanzler zu verstehen, daß der Vertreter der ersten Handelsstadt des europäischen Kontinents wohl doch noch etwas mehr werth sei, als Stiefelpapier des bürgerlichen Ochs- und Schnapptrennenbesizers zu werden. Diese Entfremdung ist um so bedeutungsvoller, wenn man bedenkt, daß gerade die Bremenser und Hamburger Kaufmannschaft mit zu den reichstreichsten Kreisen gehört haben und daß die Börsen dieser beiden Städte es gewesen sind, von denen aus z. B. zu Ostern im Jahre 1874 die Adressen an den Reichskanzler gingen, worin demselben in der Militärfrage unbedingte Zustimmung entgegengebracht wurde.

Wenn aber unsere Bourgeoisie oppositionell geworden ist, weil man ihre Geschäftsinteressen (bekanntlich der einzige empfindliche Punkt dieser Reichsrente) verletzt hat, so haben in den bürgerlichen und Handwerkerkreisen die neuen indirekten Steuern und die Bölle; welche hier an der Reichsgrenze am meisten empfunden werden, sowie die Aussicht auf eine neue Erhöhung des Militärretats auch den Vertrauensvollsten die Augen geöffnet. Die Vorgänge auf Bismarck sind bestimmt, dagegen aber wimmelt es in den Kreisgesprächen unserer Wähler und Schnapptrennenbesizers, so daß sich das verstockteste reichsfeindliche Herz davon erquiden könnte. Was aber die Arbeiterkreise betrifft, so sind die noch immer herrschende Arbeitslosigkeit und der Zustand politischer Keullosigkeit, welchen das Ausnahmegesetz herbeigeführt hat, wahrlich nicht geeignet, lokale Gesinnung zu erzeugen. Die Sachen stehen eb'n thörschlich so: Wer früher schon zu uns gehalten, der thut dies heute mehr als je und mer früher unser Gegner war, der hat entweder aufgehört, uns mit jenem fanatischen Haß zu verfolgen, wie dies früher der Fall war, oder aber der Feilschlauf hat ihn dahin gedrückt, mehr oder minder mit uns zu sympathisiren, was namentlich von einem großen Theil der kleinen Handwerker gilt. Wenn also das Ausnahmegesetz uns auch daran gehindert hat, in sonst gewohnter Weise Rekruten für die Sozialdemokratie zu werben, so haben andererseits der preussische Zunderübermuth und der nimmermüde Militarismus dafür Sorge getragen, daß die Stimmung für uns heute eine günstigere als jemals früher ist. Die beim Erlaß des Sozialistengesetzes gehoffte und gewünschte Verminderung der Sozialdemokratie, hat also noch lang gute Wege!

So viel über die Situation im Allgemeinen. Was nun unsere innere Parteiverhältnisse betrifft, so verkehrt es sich ja von selbst, daß darüber sich jetzt nicht viel sagen läßt. Nicht unerwähnt aber darf der unangenehme Einbruch bleiben, den es auf die hiesigen Genossen gemacht hat, daß im Ausland lebende Parteifreunde es theilweise für angemessen hielten, die deutsche Sozialdemokratie zu schmalzieren. Es soll hier nicht von den theilweise abgemachten Revolutionsadressen geredet werden, mit denen man uns zur „Affäre“ aufforderte, sondern es sollen nur gegen die irrige, gerade durch deutsche Parteifreunde im Ausland verbreitete Ansicht protestirt werden, als ob seit Erlaß des Sozialistengesetzes die in Deutschland gebliebenen Genossen muthmaßlich die Hände in den Schooß gelegt hätten. Diese Annahme ist eine absolut falsche. Wenn schon die Wähler in Breslau, Erfurt und in Sachsen gezeigt haben, daß wir deutschen Genossen die Parteilahme auch im politischen Kampfe noch hoch halten und sie zu verteidigen wissen, so sei noch bemerkt, daß die Aregelung der Geschäfte der früher behandelten Parteiunternehmungen (Druckereien, Zeitungen u.) sowie die Unterstüzung der Inhabirten und Ausgewiesenen und die Aufbringung der Gelder für die Wahlkämpfe, denn doch eine Thätigkeit und zugleich eine Opferwilligkeit der Genossen bekunden, welche diejenigen, welche vom Ausland aus unserer Sache nicht besser dienen zu können glauben, als indem sie ohne Kenntniß der Sache unausgesetzt — nicht kritischen, sondern nöthigen und gegen die benachtheiligten Genossen Mißtrauen säen, — zu etwas größerer Vorsicht mahnen sollte. Die im Ausland lebenden Genossen sollten bedenken, daß es uns unmöglich ist, gerade dann, wenn wir handeln, davon großes Geschrei zu machen, so auch nur davon öffentlich zu reden. Wenn sie aber wirklich der Ueberzeugung sind, daß das, was in Deutschland geschieht, nur zur „Verfälschung“ der Partei führt, dann mögen sie zu uns kommen und zeigen, daß sie es besser können. Hic Rhodus, hic salta!

Ueber die Verfolgungen und Volkreisereizereien, denen unsere Genossen auch hier wie allwärts in Deutschland ausgesetzt sind, das nächste Mal. Nur so viel sei bemerkt, daß in Altona augenblicklich 13 Mann wegen Verbreitung der „Freiheit“ sich in Haft befinden. Dieselben sitzen bereits seit ungefähr 4 Wochen und ist Anklage wegen Majestätsbeleidigung und wegen Verbreitung verbotener Schriften gegen sie erhoben. Ueber den Ausgang des Prozesses werden wohl die Altonauer Genossen berichten. — In Hamburg war in letzter Woche Appellverhandlung gegen Saxeck und Genossen, welche ebenfalls wegen Verbreitung der „Freiheit“ in erster Instanz zu mehreren Monaten Gefängniß und theilweise zur Beschränkung des Aufenthaltes verurtheilt wurden. Das Urtheil der Appellinstanz in diesem Prozeß soll erst im Laufe dieser Woche gesprochen werden.

— 1. Mannheim, 22. Okt. Die Anwendung des Sozialistengesetzes bringt uns nur so alltäglich eine unerhörte Masse von Gewaltthätigkeiten und Gemeinheiten, sondern fördert bisweilen auch Willkür unbeschreiblicher, wenn auch unfehlbarer Komik zu Tage, die in unserer sonst so rauhen Zeit um so schädlicher sind. Einige solche niedliche Vorfälle sind dieser Tage in den Treibbetten der hiesigen wohlhablichen Kreise gerichtet worden und wünschen wir ihnen, um ihnen, resp. den weisen Obrigkeiten die ganze verdiente Anerkennung der Welt zu sichern, nur den launischen Sarkasmus eines Börne als Schilderer. In Ermangelung desselben aber wollen wir die Thatfachen einfach schlicht erzählen und sie für sich selbst sprechen lassen.

Bei Gelegenheit der Einweihung eines Bahnhofs dahier sollte Abends in einem geeigneten Saale ein Festgelage stattfinden, wozu der betreffende Wirth die Militärmusik engagirt. Nun wurde aber 2 Tage vorher dem Militär die Vertretung dieser Wirtschaft aus uns rein unerklärlichen Gründen (denn der Wirth ist ein dießfälliger Spielbürger und seine Gäste sind von dem gleichen Kaliber) verboten. Zur bestimmten Stunde kommt nun die Musik zwar angeläutet, geht aber nicht in den Saal, sondern in den „hohen Herrschaften“ angefallenen Saal und gibt auf Betragen des Komitars die Antwort: „Da gehen wir nicht hinein, da sind ja Sozialdemokraten drin!“ Als alles Jureden nichts fruchtete, so mußte das Komite die Musik in einem nebenan gelegenen Lokal „etwas spielen“ lassen. Aber auch! Kaum dort angekommen, ruft wieder Einer: „Da dürfen wir auch nicht hinein, da sind auch Sozialdemokraten drin!“ Dieser Saal war nämlich auch mit dem ersten in Acht und Bann erklärt, obwohl auch hier Wirth und Gäste von gleicher Güte sind, wie in dem vorgenannten Lokal. Endlich konnten die wackeren Spielleute in einer dritten Wirtschaft Ruhe finden, aber an Musik machen war nicht mehr zu denken. Während dieser Wanderung waren aber auch die am ihren Platzgenieß gebrachten „hohen Herren“, welche durch sehr aufgeregt zu sein schienen, auf der Wanderung, und zwar zum Kommandeur des betr. Regiments, zwar nicht, um bei demselben energisch zu reklamiren, sondern um demselben gedrosamlt zu melden, daß keine Sozialdemokraten drin wären.“ Leider war aber der Herr Kommandeur „nicht zu Hause“ und so mußten denn die armen, doch so „gegnungswilligen“ Liberalen ohne Musik kesseln. Die Leute wußten selbst ihren erbittertesten Feinden in der Seele tief zu thun.

Auch bei Hausausgaben geht es manchmal nicht ohne Humor ab. So sagte bei einer derartigen Gelegenheit ein von dem Erfolg einer Hausausgabe mit ein Gel beladener Polizeidiener auf dem Wege zum Kommissär zu dem ihn begleitenden „Delinquenten“: „Bei Ihrem Freunde wird man auch einen guten Haug machen.“ „Um! russische Zustände“, lautete die Antwort. „Wa—wa—wa—was russische Zustände?“ spitzte die Polizeifeile, worauf indessen keine Antwort erfolgte. Beim Kommissär angekommen, hat nun der Wächter des Gesetzes nicht Eiligeres zu vermelden, als daß er aus seinem „Delinquenten“ herausgedrückt habe, daß dessen Freund auf die russischen Zustände abonniert sei. Der Kommissär, welcher einschauen mochte, daß er sich mit solchen Zammergefallen einem polnisch gebildeten Arbeiter gegenüber doch blamire, lenkte das Gespräch sofort auf einen andern Punkt.

Kaum minder lächerlich, als diese vorgenannten Stüchlein ist aber das Vorgehen unseres strebsamen Staatsanwaltes Marschall (konfer. Reichstagsabg.). Derselbe hat nämlich an der, durch die in Ihrer No 2 erwähnte gerichtliche Entscheidung in dem Prozeß unseres Genossen Ottenthal emlich konstatierte Plamange noch keineswegs genug. Vielmehr hat er an das Oberlandesgericht appelliert, welches daher demnach noch einmal und endgültig darüber zu entscheiden haben wird, ob eine Mittheilung eines Kfubers an seinen Bruder durch das Sozialistengesetz verboten sein kann. Daß solche Fragen nur gestellt werden können, ist gewiß recht heiter; aber wir gestehen doch, daß uns der Humor ansteht über der unerhörten Inzest, welche in solcher Anklage liegt und über der damit gemachten Erfahrung, welchen hohen Grad erschwerter Verderbtheit die Zustände in Deutschland schon erreicht haben.

ggb. Aus Franken, Ende Oktober. „Heraus mit Eurem Fledermisch!“ schrieb mir neulich ein Züricher Genosse, was einer Aufforderung gleichkam, für den „Sozialdemokrat“ einmal eine Korrespondenz über fränkische Verhältnisse vom Stapel zu lassen. Nun, der Fledermisch wäre fast nicht aus der Scheide gegangen, denn unter den dormaligen Zuständen im Reich kann es nicht Wunder nehmen, wenn Einem die „Seele“ in den Leib und die Feder in's Lintenfah röstet. Der „Sozialdemokrat“, von dem wir allerdings über 3 Wochen nichts weiter als die Probenummer in Händen hatten, ist hier, wie wohl überall, von allen treugebliebenen Parteigenossen auf's Freudigste begrüßt worden. Bei dem Mangel jeglicher Parteipresse in Deutschland (denn die wenigen Blätter, welche im Reich noch unter der Leitung von Partiegerossen erscheinen, können sich mit Sozialismus oder auch nur halbwegs radikaler Politik nicht befassen, weil ihnen sonst einfach der Kragen umgedreht würde; sie dürfen sich nicht einmal den „Radikalismus“ fortschrittlich-jesuitischer und jesuitisch-volksparteilicher Windsahnenblätter erlauben, sondern müssen sich darauf beschränken, die politischen Nachrichten ohne jede Kritik wiederzugeben und können sich höchstens „ein wenig“ mit lokalen Interessen beschäftigen), also bei dem gänzlichen Mangel einer Parteipresse in Deutschland ist das Erscheinen des neuen Parteiorgans eine wahre Wohlthat und man bedauert, wenn man dem lange entbehrten Hochgenuss der gemöhten Lektüre erst wieder fröhnen gelernt hat, nur doppelt, daß das Parteiorgan erst jetzt und nicht schon viel früher erschienen ist. Indessen wollen wir von dem Vergangenen nicht weiter reden und uns nur freuen, daß wir jetzt wieder ein zuverlässiges Organ haben, welches als treues Spiegelbild der Parteiverhältnisse gelten kann. Was nun für das Gedeihen des Blattes am meisten zu wünschen ist, das ist eine sorgfältige Expedition*), die zwar unter den vorhandenen Umständen keineswegs leicht, aber bei der nöthigen Umsicht doch möglich ist. Denn es ist ja doch gar zu schmerzhaft, wenn man mit Spannung auf eine liebgewordene Sonntagslektüre wartet und schließlich von Polizei- und Postbedien (die letzteren sind allerdings bei uns nicht so häufig, wie im Gebiete der Reichspost, da der bayerische Postbeamtenstand noch nicht so korrumpirt ist wie die Stephanschen Kosaken, und noch etwas auf Ehre und Anstand hält) darum geprellt wird.

Ueber die gegenwärtigen Parteiverhältnisse bei uns läßt sich nicht viel sagen; eine Probe hatten wir noch nicht auf's „Gefies“ abzulegen, und ohne eine solche läßt sich ein richtiges Urtheil nicht leicht abgeben. Wahr ist, daß wir leider so manche Umgefallene — und darunter solche, von denen man's nicht vermuthet — zu verzeichnen haben (aus Freigebit und aus Schlechtigkeit resultirt diese „hinfällende Krankheit“); andererseits aber ist in allen Orten, wo die Partei ernstlich Boden gefaßt hat, nicht nur der gute Kern geblieben, sondern die ganzen Zustände und vor allem der neue Reichsschwindel mit den Füllen und sonstigen indirekten Steuern, sowie neuerdings die Erhöhung des Malzaufschlags um 50% in Bayern — „unser Herzblut wollen's uns nehmen“, riefen die Münchner 1847 — haben auch recht schaffen dazu beigetragen, uns neue Rekruten zuzuführen. Das Bedauerliche ist nur dabei, daß wir dieselben jetzt nicht regelrecht abgerufen können. Das Einzige, was zu diesem Zwecke noch an Mitteln übrig blieb, ist die Wirtschaftsanstalt, die Bierbankpolitik, und die werden wir uns auch durch die Vertheuerung des „Stoffs“ nicht beschneiden lassen, trotz der zahlreichen Spigel, die sich als „Gäste“ häufig bei den Parteiwirthen einfänden.

Was ein ehrlich Sozialistengemüth am meisten wurmen muß, das ist der Umstand, daß die „fortschrittlichen“ Organe, welche durch ihre seinerzeitige Verhimmelung aller Reichszustände und durch ihre blödsinnigen, selbst von den Kreuzzeitungsritten nicht übertroffenen Attentatsbehörden wesentlich zur Herbeiführung der jetzigen niederträchtigen Verhältnisse beigetragen, jetzt das freisinnige Mäntelchen wieder heraushängen, riesige „Opposition“ gegen Bismarck und die Schutzdüner machen, und sogar die indirekten Steuern, welche sie früher nicht entbehren zu können erklärten, und theilweise den Militarismus, der ein „Blümchen ruht mich nicht an“ bei allen Wahlen für sie war, „verurtheilen“, ohne von uns auf die schmutzigen Finger geklopft werden zu können. So erklärte dieser Tage der in Nürnberg erscheinende „fränkische Kurier“, eines der persidesten Windsahnen- und Denunziationsorgane, bei Gelegenheit einer Verpöschung der Malzsteuer-Erhöhung die indirekten Steuern als einen Betrug am Volke, sowie, daß man sie der direkten Besteuerung deshalb vorziehe, weil durch die letztern das Volk zu sehr merken würde, wie viel es — und zwar hauptsächlich für den Militarismus — zahlt! Das hört sich genau so an, wie es früher von uns in den Volksversammlungen zergliedert wurde, wofür uns das selbe Organ dann in den Roth zog! Wegen des Programmpunktes „Abkündigung der indirekten Steuern und Ersetzung derselben durch eine einzige progressive Einkommensteuer“ wurde im Jahre 1874 der sozialdemokratische Wahlverein zu Nürnberg, der sich nach Auflösung der Parteimitgliederschaft dortselbst gebildet hatte, vom „fortschrittlichen“ Magistrat unter dem Jubel des „fränk. Kurier“ aufgelöst. Die hohe Polizei erklärte diese Bestrebung damals für geeignet, „die sittlichen Grundgesetze der Gesellschaft zu untergraben“, überhaupt für eine „destruktive Tendenz“, da dadurch die Massen ihre Steuerpflicht auf die armen Millionäre u. s. w. abwälzen wollten!!

*) Societ an uns liegt, geschieht — wie wir unsern Lesern in jeder Nummer (am Kopf des Blattes) verüben — in dieser Beziehung gewiß alles Mögliche. Aber die Genossen dürfen auch niemals die großen Schwierigkeiten vergessen, mit welchen der von der gewaltigen Macht der Regierung auf jede Weise bekämpfte Bereich des „Sozialdem.“ in Deutschland verfaßt ist, und müssen daher in Fällen, wo all unserer Sorgfalt und Voracht ungeachtet einzelne Sendungen infolge postpolizeilichen Diebstahles nicht an ihre Adresse gelangen oder wegen unvorhergesehener Hindernisse bei unseren Agenten in Deutschland verspätet eintreffen, billige Rücksicht walten lassen und sich vor allem gegenseitig anshelfen. D. Eppel.

Apropos, kürzlich hatten die Nürnberger Sozialisten eine kleine unterhaltende Abwechslung in dieser Erde des Tafelins. Max Hirsch, der große Wunderdoktor, der mit Invalidenklassen und großsprecherischen Resolutions die soziale Frage löst, war mit Gefolge da, um einen „Verbandstag“ abzuhalten. Ganze 23 „Delegirte“, davon 2/3 aus Berlin, waren erschienen; der berüchtigte Rüssel, ehemaliger Herausgeber der kürzlich selig entschlafenen „Süddeutschen Arbeiterzeitung“, im Volksmund „Bliech“ geheißt, wurde als Delegirter der Nürnberger Flecharbeiter, welche vor mehr als 5 Jahren schon sich von der Hirsch-Dunkerei losgesagt und bei Kreirung des Sozialistengesetzes ihren Verein freiwillig aufgelöst hatten, aufgeführt! Die Verhandlungen zeichneten sich selbstverständlich durch tödtliche Langeweile aus und wurden nur durch das Bekanntniß, daß die Mitgliederzahl der Gewerksvereine im freien Abnehmen begriffen (angeblich noch 16,000 in ganz Deutschland, während die Herren vor einigen Jahren noch mit 36,000 prahlten — und von diesen 16,000 ist höchst wahrscheinlich noch ein Viertel dazu gelogen) und durch einen Zwischenfall in der einzigen „öffentlichen“ Versammlung einigermassen interessant. Einige hundert Sozialisten machten sich nämlich das Vergnügen, diese „öffentliche“ Versammlung, in welcher natürlich nicht einmal ein Bureau gewählt wurde, zu besuchen, sowohl wegen des „Genusses“, den eine Max Hirsch'sche „Rede“ bereitet, als auch in der Hoffnung, den hiesigen Reichstagsabgeordneten Gänther — einen Erbschaftsbesitzer von einem deutschen Schulmeister, der sich ganz besonders durch eine gesunde Lunge und gute schauspielerische Anlagen auszeichnet — zu hören.

Das Letztere war nun allerdings „nicht“; Herr Gänther hatte sein Sprüchlein über „freie Klassen“ schon Tags zuvor in geschlossener Sitzung hergesagt und hüte sich, in einer öffentlichen Versammlung aufzutreten. Dafür meinte Märchen blutige Thränen über den undankbaren Liberalismus, der die braven Gewerksvereine als sozialdemokratisch behandle und verfolge u. s. w. u. s. w. — Unter Andern nannte Hirsch die Sozialdemokraten die Handlanger der Reaktion, was einen großen Entrüstungssturm hervorrief. „Wir lassen uns nicht insultiren“ und „Pfu!“ riefen unsere Genossen, während die zur Aufrechterhaltung der „Ordnung“ kommandirten Turner-Gymnastiker brüllten, wie verrückt, um sagen zu können, die Sozialisten hätten Spektakel gemacht. Am besten wäre es wohl gewesen, wenn unsere Freunde zur Strafe für die Hirsch'sche Ungezogenheit die ganze Gesellschaft „use theit“ hätten. — Max nahm sich übrigens die ersehnte Lehre zu Herzen und blieb dann bis zum Schluß seiner Rede anständig.

Parteiorgan Scherm meldete sich nachher zum Wort, um Herrn Hirsch den „Handlanger der Reaktion“ gebührend zurückzuführen. Aber — da hatte er vergessen, daß die Gewerksvereine unter hohem polizeilichem Schutz stehen. Schon zu Beginn der Versammlung hatte der überwachende Polizist (Offiziant Winkler) sehr eingehend mit den Großen des Abends konferirt, man war jedenfalls „auf Alles gefaßt.“ Kaum hatte Scherm einige Worte gesprochen und Herrn Hirsch begreiflich gemacht, daß eine Partei, die noch freisinnig ist als die des Hirsch, unmöglich deswegen als der Reaktion Hilfe leistend bezeichnet werden dürfe — als die hohe Obrigkeit sich erhob und feierlich erklärte, der Redner „spreche im Sinne des Sozialistengesetzes“, und den Vorstehenden (einen rohen, auf der tiefsten sittlichen und gesellschaftlichen Stufe stehenden Schreier) aufforderte, Scherm das Wort zu entziehen, was natürlich bereitwillig geschah. Nun war die Gesellschaft „gerettet.“ Man hatte demuthlich gefürchtet, daß Scherm der ganzen Fortschritt-Klique sehr unangenehme Dinge in's Gesicht sagen würde und daher bei Zeiten sich mit der Polizei verständigt, daß diese dem „bösen Menschen“ beim ersten nicht in den Gesamtkram passenden Wort die Schlinge zuziehe. Scherm verließ unter dem Rufe „ich füge mich der Gewalt“ die Tribüne, bedeckte sich und wie ein Mann vertieffen sämtliche Sozialisten den Saal, ein dreifaches Hoch auf die Sozialdemokratie ausbringend. Die verblüfften „Hirschen“, welche nun in der Anzahl von etwa 100 (die zur Dekoration anwesenden Prozen und Advokaten mit eingerechnet) sitzen blieben, suchten mit einigen faulen „Spässen“, welche der Berliner Buditer, früherer Maschinenbauer Andread, zum Besten gab, über den Zwischenfall wegzukommen.

Der ganze „Verbandstag“ blieb übrigens, trotz der von den „Ordnungs“-blättern gemachten riesigen Reklame, in Nürnberg und fürth total unbeachtet. Die Beschlüsse der Herren, in Süddeutschland eine „verstärkte Agitation“ zu entfalten, haben in verständigen Arbeiterkreisen große Heiterkeit erregt. Man muß die Gesellschaft, welche in Franken „Gewerksverein“ spielt, nur kennen, um die Tragweite solcher „Beschlüsse“ richtig zu beurtheilen. Herr Hirsch, persönlich bereits eine Ruine, scheint übrigens das Schicksal der geliebten, von ihm für 3000 Mark jährlich beanwalteten Vereine selbst vorauszuweisen, denn sein großer Sermon war die reinste Leichenrede.

Sonst geht's — wirlichastlich — allenthalben schlecht. Die Geschäfte sind mit wenigen Ausnahmen unter'm Hund, die Zölle fangen an, sich fähigbar zu machen, und wenn vollends das Bier theurer wird, so kommt die von Bismarck für uns inzernirte Agitation in besten Zug. Freilich, viele Einzelne müssen darunter schwer leiden, aber die Gesamtheit hat schließlich den Vortheil davon. Bis zur hundertjährigen Jubelfeier der großen französischen Revolution wird ja wohl so oder so Wandel geschaffen werden! Also vorläufig abwarten, aber nicht „Thee trinken“ allein dazu, sondern agitiren, gleichviel wie's geht!

Sch. Paris, 19. Okt. In Ihrer letzten Nummer*) besprochen Sie schon das Wiedererleben des Sozialismus in Frankreich und gaben ganz richtig als eine der Hauptstätten der Agitation die Friedhöfe an. Aber nicht war wohl in erster Linie anregender, nichts mehr geeignet, die alten Erinnerungen wider wachzurufen, neues Leben in den etwas lethargisch gewordenen Körper des französischen Arbeitervolkes hineinzubringen, als die Rückkehr der Amputirten, der Amputirter dieser Artiger einer Volkssache. Nie wird der, welcher einer solchen Anstalt eigenhändig hat, den Eindruck vergessen können, welchen die abgeamputirten, physisch so heruntergekommenen und geistig doch noch so kräftigen und muthigen Männer auf ihn gemacht hat.

Nehmen wir z. B. die Ankunft dieser, welche mit der „Vicardie“ gekommen waren und Morgens um 6 Uhr, also am Tage, anlangten — die Andern kamen meist zur Nachtzeit, und verhielte so das Dunkel manches, was Jeder hätte sehen sollen, den Sinnen zur Ermuthigung, den Andern zur Beschämung, zur höchsten Schmach. Wer die laute Art des Pariser, sich öffentlich zu bewegen, kennt, wird es wohl zu würdigen wissen, was es heißt, wenn 100,000 Menschen beim Abzuge so schwachliche Spuren der Leiden an sich tragender Wüthigen, deren einziges Verbrechen darin bestand, für eine große Idee gekämpft zu haben und bestraft worden zu sein, — wenn diese von der Erwartung aufgeregte

Menge sozusagen wortlos geworden, wenn nur hier und da ein Gemurmel „viva l'amnistie!“, den Ankommenen zugerufen wird und das Schluchzen der Freunde des Wiederfindens und Wiedererlernens die beinahe unheimliche Ruhe unterbricht. Er wird begreifen, welchen Anblick diese Leidensgehaltigen bieten, wenn selbst die zur Aufrechterhaltung der Ordnung anwesenden Polizei-Kommissäre und Unterbeamten sich ebensoviele der Thränen enthalten konnten wie die ganze große Masse, in der auch nicht ein einziger Auge ohne diese Betrügnisse des Wirths geblieben war. Welcher Eindruck, wenn bei diesen Heiden allgemeiner Theilnahme alsbald, von Kummer und Leiden tiefgegründete Wehther sich plötzlich beleben, gebeugte Gestalten sich plötzlich aufrichten und jede Bewegung, jede Miene andeutet, daß sie trotz alledem bereit sind, wieder in die Reihen des um seine Rechte ringenden Volkes einzutreten! Das ist eine Agitation, die nachhaltiger wirkt, als die leider oft nur allzu schnell vergessenen Reden; das prägt sich tief ein, unvergesslich.

Ja, es ist eine große Umwälzung vor sich gegangen an jenem Tage, das man öffentliche Meinung nennt; und es ist gewiß bemerkenswert, daß heute, nach kaum 8 Jahren, selbst diejenigen, die bei der Verkündung und Verurtheilung dieser Thaten mit von den ersten waren, wenn selbst diejenigen, welche zu den geistigen und physischen Torturen der uns nun wiedergegebenen ihr gutes Theil beigetragen, sich heute bewegen fühlen, in erster Linie sich an den Hilfskomite's zu betheiligen und in den Ruf nach „voller Amnestie“ am lautesten mitanzuschließen. Die französischen Sozialisten haben in Anbetracht dieser Umstände, in richtiger Benrtheilung der Gefühle der Demagogen, von denen gewiß viele es unter ihrer Würde halten müssen, sich an diese politischen Wetterfahnen und Allermittlerdemokratie um Unterstützung zu wenden, ihr eigenes Hülfskomitee gebildet, und zwar nicht nur für die, welche bereits amnestirt sind, sondern auch für die, welche es noch werden müssen — und auf den Erfolg können sie stolz sein. Auch hier hat es sich wieder gezeigt, daß gerade die, welche selbst Tag für Tag um das nackte Leben kämpfen, den ihre eigenen Existenzmittel so knapp als möglich zugemessen sind, verhältnismäßig mehr Opferwilligkeit zeigen, als diejenigen, die bei weniger Noth mehr zu leiden im Stande wären.

Ja! das Gefühl der Solidarität ist gekräftigt, stärker geworden und gewiß auch die drei letzten, hiesigen Arbeitervereinigungen als ein vollständiger Beweis anzusehen. Inerz die Dienstgeber, die eine Lohnverhöhung von 6 Fr. 25 auf 7 Fr. durchsetzten, dann die Zimmerleute, die es ebenfalls von 7 auf 8 Francs brachten (obgleich die Arbeitgeber ihnen u. A. auch Staatshilfe in Gestalt von zur Pöschung der Regierungsbauten kommandirten Geniesoldaten entgegenstellen konnten und nun die schon von Ihnen erwähnte Arbeiterbewegung der Hausarbeiter. Dieselben verlangten: 1) Lohnverhöhung von 60 auf 70 Centimes pro Stunde. 2) 10stündige Arbeitszeit und doppelte Bezahlung der Ueberstunden. 3) Tägliche regelmäßige Auszahlung, und 4) Abschaffung der „Mardandage“ in heutiger Form (wonach ein Arbeiter ein größeres Quantum in Stoff übernimmt und dann andere Arbeiter für sich im Tagelohn arbeiten läßt) und an Stelle dessen Vergeben der Arbeit in Gruppen von je 4, 5 oder mehr Arbeitern, von denen Jeder gleichberechtigt ist. Bemerkte muß hier noch werden, daß von der Art Staatshilfe, wie bei den Zimmerleuten, bei den Hausarbeitern keine Rede war, sondern daß im Gegentheil an den Staatsbauten, wie am Kurzboulevard, den Tuilerien u. s. w., als dort die Unternehmer die Arbeit einstellen wollten, von dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten die Fortsetzung der Arbeit und das Eingehen auf die Forderungen der Arbeiter bewerkstelligt wurde.

Daß bei allen diesen Bewegungen der Ruf nach Vereins-, Versammlungs-, und Freiztheit immer allgemeiner und lauter wird, ist selbstverständlich, und ist man voller Erwartung, ob die Kammer sich endlich zur Behandlung dieser lang genug hinausgeschobenen Angelegenheit wird entschließen können. Jedenfalls ist das Volk gerade recht genug, um zu zeigen, daß es seine Forderungen nicht nur zu stellen, sondern ihnen auch im entscheidenden Augenblicke den gebührenden Nachdruck zu geben weiß, und daß es sich nicht mehr mit schönen Redensarten und vielversprechenden Phrasen von Seiten seiner Mandatäre abgeben läßt.

Was die schon gemeldete Wahl Humberts betrifft, so soll dieselbe ungültig erklärt werden und zwar, weil derselbe nicht, wie vorgeschrieben, einen sechsmonatlichen, vorherigen Aufenthalt in Paris gehabt hat. Möge man von gewisser Seite thun, was man will, das Volk hat gezeigt und zeigt jeden Tag, was es will. Es hat Blanqui und Humbert auf den Schild gehoben und andere werden noch nachkommen, das möge man sich betreffenden Dries ad notam nehmen. Nur von dem, wenn auch noch so unvollkommenen Stimmrecht stetig Gebrauch gemacht, dann wird das Volk schon begreifen lernen, daß es nicht dazu da ist, um von Einzelnen geleitet zu werden und seinem Willen mit der Zeit schon den gebührenden Nachdruck und Nachdruck zu geben wissen. Die Bahn wird dann bald frei werden zu un'rem Endziele — dem sozialistischen Staat!

*) Es ist die Nummer 3 gemeint. Wir waren leider durch Stoffüberhäufung gezwungen, diesen Bericht, gleich mehreren andern, zurückzustellen. Wir müssen unsere Mitarbeiter überhaupt hauptsächlich des Zeitpunktes des Abdruckes ihrer Einsendungen ebensoviele um Rücksicht bitten, als unsere Leser wegen der Verspätung so mancher wichtiger Nachrichten. Am guten Willen, aber alles für uns Wichtig, und zwar schnellmöglich, zu berichten, fehlt es dem „Sozialdem.“ wahrlich nicht, desto mehr aber an nöthigen Raum hierzu. D. Red.

Nach Schluß des Blattes eingetroffen:
m5. Aftona, 28. Okt. Soeben Abends 9 Uhr ist das Urtheil in dem Prozeß der 13 hiesigen Sozialisten wegen Verbreitung der „Freiheit“ und Theilnahme an dem Verbrechen der Majestätsbeleidigung erfolgt. Nachdem der Staatsanwalt Strafen von 10—15 Monaten beantragt hatte, wurden die Angeklagten, welche sich seit 8. September in Untersuchungshaft befinden, kostenlos freigesprochen!

Im unterzeichneten Verlag erscheint demnächst:

Rechenschaftsbericht

der

socialdemokratischen Mitglieder

des deutschen Reichstages.

über ihre parlamentarische Thätigkeit während des Jahres 1878—79.

Separatabdruck aus dem „Sozialdemokrat“

Bestellungen auf dieses, für die Kenntniß der politischen Geschichte Deutschlands und der Stellung und Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie seit den Attentaten sehr wichtige Aktenstück werden schon jetzt entgegengenommen und zwar ausser beim Verleger bei allen bekannten Agenten des „Sozialdemokrat“, sowie bei der Schweizerischen Volksbuchhandlung in Hottingen-Zürich.

A. HERTER, Industriehalle, Riesbach-Zürich.

Abonnements
auf den „Sozialdemokrat“

für November und Dezember werden für den Preis v. 2 M. (5. S. 1. 20) für Deutschland und Oesterreich, Fr. 1. 40 für die Schweiz und Fr. 1. 70 für die übrigen Länder ausgeführt.

Verlag des „Sozialdemokrat“.

© 1879. Vereinsbuchdruckerei Hottingen-Zürich.